

D. Dringlichkeitsanträge an den 12. Landesparteitag

D.1. Solidarität mit den Kurdinnen und Kurden, ihren Selbstorganisationen und der HDP

Einreicher: Mirko Schultze, Mathias Fröck, Christian Schmidt

Der Landesparteitag möge den folgenden Antrag beschließen:

Nach dem hart erkämpften Wahlsieg der HDP, immerhin gelang es der Sammelbewegung von linken Gruppen und Parteien, gemäßigt religiösen Strömungen und Umweltgruppen, bei den letzten Wahlen mit rund 14 Prozent die türkische 10% Hürde zu knacken und somit die absolute Mehrheit der AKP zu verhindern, nahm die türkische Regierung und Präsident Erdogan den Kampf gegen die Kurden wieder auf und setzen seit dem auf Eskalation statt auf Deeskalation. Dies kann nicht unwidersprochen hingenommen werden!

Spätestens seit dem Anschlag von Suruç, bei dem 32 junge Menschen - überwiegend Studenten aus dem ganzen Land gestorben sind und mehr als hundert verletzt wurden, wollte die türkische Regierung hart gegen den IS vorgehen, den sie bis dahin geduldet hat. Doch unter dem Deckmantel endlich gegen den IS vorzugehen, werden hauptsächlich außerparlamentarische linke Gruppen und Aktivistinnen, also die Opfer kriminalisiert.

Wir verurteilen auf's Schärfste die Angriffe der fundamentalistisch-radikalen Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) gegen die Menschen in Syrien, im Irak und der Türkei, gegen Minderheiten und Andersdenkende. Deshalb erklären wir uns solidarisch mit den progressiven Kräften der HPG und PKK, die unter Einsatz ihres Lebens sich diesem Terror entgegenstellen.

DIE LINKE Sachsen fordert deshalb:

- die sofortige Einstellung aller deutschen Waffenexporte an die Türkei und die Golfstaaten
- die Aufhebung des PKK-Verbots in Deutschland und die Zulassung von kurdischen Selbstorganisationen
- den politischen Druck auf die türkische Regierung auszuweiten.
- die Angriffe auf Stellungen der kurdischen Widerstandskämpfer und die Militäroperationen gegen die Guerillaeinheiten der Volksverteidigungskräfte (HPG) zu stoppen.
- die Öffnung der Grenzen für Flüchtlinge, sowie für Hilfe und Verstärkung für die kurdischen Selbstverteidigungseinheiten.
- jegliche Unterstützung oder Duldung von IS-Aktivitäten zu beenden.
- die Ausweitung der humanitären Hilfe für die Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak.
- die Beendigung des Embargo der Türkei gegen Rojava.

Für uns heißt dies im konkreten Handeln vor Ort:

- Wir unterstützen Kurdische Gruppen und Strukturen vor Ort und vernetzen uns mit ihnen.
- Wir unterstützen Veranstaltungen der Kurdinnen und Kurden und besuchen sie.
- Wir nutzen die Möglichkeit in unseren Print und Online Medien über die Lage in Kurdistan zu berichten und veröffentlichen Berichte von Kurdinnen und Kurden.

- Wir unterstützen die Selbstorganisationen der Kurdinnen und Kurden und die Strukturen der HDP bei der Mobilisierung der in Deutschland lebenden Wahlberechtigten zur Neuwahl des türkischen Parlamentes am 1. November.

Begründung:

Die Regierungen der NATO-Staaten, einschließlich der deutschen, haben seit Jahrzehnten reaktionäre und unterdrückerische Regime im Nahen und Mittleren Osten politisch und mittels Waffenlieferungen unterstützt. Einige dieser Staaten haben den IS und dessen Vorgängerorganisation finanziert und mit Waffen beliefert. Außerdem hat der sogenannte „Krieg gegen den Terror“ und fortgesetzten Drohnenangriffen im von Jemen bis Pakistan sein Übriges getan um den Nährboden und das Machtvakuum hervorgerufen, aus dem Kräfte wie der „Islamische Staat“ entstehen konnten.

Das NATO-Mitglied Türkei und Arabische Staaten haben islamistische Gruppen, unter anderem den IS, in den letzten Jahren finanziert, bewaffnet und ausgebildet um das Assad-Regime in Syrien zu stürzen. Noch immer blockiert die türkische AKP Regierung die Grenzübergänge für Flüchtlinge sowie für Hilfe und Verstärkung der kurdischen Selbstverteidigungseinheiten. Monatelang galt die AKP auch als Unterstützer oder Dulder der IS-Aktivitäten. Die Politik der türkischen Regierung hat sich erst verändert, als der verheerende Selbstmordanschlag in Suruc die öffentliche Wahrnehmung direkt auf die Türkei und ihre Position zum IS lenkte. Darauf folgte jedoch nur eine Absichtserklärung gegen den IS vorzugehen, unter anderem durch Bombardements einzelner Stellungen. Vermehrt wurde diese Offensive jedoch genutzt, um Stellungen der Kurdischen Freiheitsbewegung im Kandil-Gebirge im Nordirak zu bombardieren und Militäroperationen in Nordkurdistan (Osttürkei) gegen Guerillaeinheiten zu führen.

Diese angebliche Offensive gegen den IS zielt vor allem darauf ab, die basisdemokratischen Selbstverwaltungsstrukturen der kurdischen Provinz Rojava zu zerstören, die in den letzten Jahren maßgeblich von den Ablegern der in Deutschland verbotenen sozialistischen PKK aufgebaut wurden. Das Projekt Rojava und die HDP mit ihren emanzipatorischen Bestrebungen sollten Vorbild für jede sozialistische Bewegung sein. Beide zeigen, dass inmitten von religiösem Fanatismus und menschenverachtenden Hass ein solidarisches Zusammenleben unterschiedlicher Nationalitäten, Glaubensrichtungen und die Gleichberechtigung von Frauen und Männer möglich ist.

Am 7. Juni gelang es der prokurdischen HDP erstmals die 10% Hürde zu überwinden und in das türkische Parlament einzuziehen. Damit verlor die AKP ihre absolute Mehrheit an Sitzen und musste Koalitionsgespräche führen, die jedoch mit dem Ziel, kein Ergebnis zu erreichen scheiterten. Seit dem 7. Juni haben Präsident Erdogan und die türkische Regierung verstärkt einen Eskalationskurs eingeschlagen. Die oben genannten Militäroperationen sind nur der außenpolitische Teil dieses Kurses. Eine große Verhaftungswelle gegen kurdische AktivistInnen erfolgte in der Türkei in den letzten Wochen ebenfalls.

Die AKP strebt mit den am 1. November stattfindenden Neuwahlen ganz eindeutig eine Alleinregierung und keine friedliche Lösung des Konfliktes mit den Kurdinnen und Kurden mehr an.

Deshalb fordern wir die Solidarität mit den Selbstverteidigungseinheiten der Kurdinnen und Kurden und der HDP.

Eine Zusammenarbeit mit kurdischen Gruppen und Strukturen vor Ort ist dafür unabdingbar, da diese eine direkte Verbindung in die kurdischen Gebiete darstellen und auch aus dem Grund ihrer eigenen Herkunft die Gegebenheiten besser einschätzen können und am besten wissen, wie eine Unterstützung unsererseits aussehen muss, damit sie wirkt und nachhaltig ist.

Deshalb bitten wir euch um die Zustimmung zu unserem Antrag.

Zeitgleich mit der Einreichung des folgenden Dringlichkeitsantrages beantrage ich die Befassung im Landesvorstand und die Beschlussfassung, dass der Landesvorstand den Antrag unterstützt und so die Voraussetzungen des Absatz IV Punkt 17 der Geschäftsordnung erfüllt ist.

Im Absatz IV Punkt 17 ist geregelt: „Nach Antragsschluss bis Tagungsbeginn können Dringlichkeitsanträge eingebracht werden. Dringlichkeitsanträge bedürfen der Unterstützung des Landesvorstandes, des Landesrates, von mindestens 4 Kreisvorständen oder von 20 Delegierten mit beschließender Stimme.“

Begründung der Dringlichkeit:

Zum Zeitpunkt des Antragschluss, 28 Tage vor dem Parteitag, hatte sich zwar die Situation in den kurdischen Gebieten schon erheblich zugespitzt und das Scheitern der Regierungsbildung war wahrscheinlich, es gab aber weder einen offiziellen Termin für die Neuwahlen, dieser steht nun fest, noch war so deutlich wie in den letzten Tagen abzusehen, dass die türkische Offensive sich vorrangig auf die Stellungen der kurdischen Selbstverteidigungskräfte auch jenseits der PKK Stellungen bezieht. Die Zuspitzung der Ereignisse, die Hilferufen von Betroffenen und die steigende Zahl von Flüchtlingen aus den betroffenen Gebieten erfordern nach Auffassung der Einreicherinnen ein klare Positionierung die über die selbstverständliche und damit eines Antrags nicht bedürfende Solidarität mit den Projekt Rojava, den Kurdinnen und Kurden und ihren Organisationen hinaus geht. Dies ist nicht mehr nur ein Thema von bundespolitischer Bedeutung, die in Sachsen lebenden Menschen aus dem Irak, Syrien und der Türkei und die neu nach Sachsen kommenden Flüchtlinge sowie die Möglichkeit einer Bundesratsinitiative Sachsen für eine Aufhebung des PKK Verbotes begründen die landespolitische Zuständigkeit und damit die Befassung auf dem 12. Landesparteitag.

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____